Bezugspreis
vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarortsverkehr Mk. 2.10, außerhalb Mk. 2.20 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Gegründet 1877.

Aus den Tannen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt.
Allgemeines Anzeige- und Unterhaltungsblatt
Von der oberen Nagold.

Anzeigenpreis
Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennig. Die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen entsprechender Rabatt. Bei gerichtlicher Einziehung und Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die O.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 48 | Druck und Verlag in Altensteig. | Donnerstag, den 27. Februar. | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1919.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 24. Febr.

Eröffnung der Sitzung 2.20 Uhr. Tagesordnung: Reichswehrgesetz, Verfassungsgesetz.

Präsident Fehrenbach schlägt die Umstellung der beiden Gegenstände vor.

Abg. Haase (U.S.) erhebt Widerspruch gegen die Verfassungsberatung, da der Entwurf erst am Sonntag zur Verteilung gelangt sei und ihm eine schriftliche Begründung fehle.

Gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen und der Unabhängigen entscheidet die Mehrheit, die Begründung des Verfassungsentwurfs durch Staatssekretär Dr. Preuß, heute entgegenzunehmen.

Verfassungsgesetz.

Staatssekretär des Innern Dr. Preuß: Reichsregierung und Gliedstaaten sind in allen Hauptsachen zu einer Verständigung gekommen, wobei nur 3 Punkte strittig geblieben sind, von denen auch nur einer grundsätzliche Bedeutung hat. Die republikanische Staatsform ist in dem Verfassungsentwurf, vorgeführt, die Demokratie ist restlos in gerader Linie in dem Entwurf enthalten. Die Ausnahmen, die einzelstaatlichen Reservatrechte, die noch im Entwurf enthalten sind, sind durchweg Erbschaften aus der früheren Verfassung des Kaiserreichs. Das deutsche Volk steht zum erstenmal in seiner Geschichte vor der Aufgabe, den Grundsatz zu verwirklichen: Die Staatsgewalt ist das Volk! Daraus ergibt sich für dasselbe die Selbstregierung des deutschen Volks in seiner Gesamtheit. Schon daraus ergibt sich die Unmöglichkeit, dem neuen Staatswesen den Namen „Vereinigte Staaten von Deutschland" zu geben, was im ganzen genommen ein partikularischer Rückschritt sein würde. Das Wort „Reich" ist beibehalten, weil es Tradition ist von Jahrhunderten. Trotz dieses Namens ist das neue Reich ein Freistaat, eine Republik.

Wenn die Verfassung vorschlägt, dem neuen Reich die neuen Farben „schwarz-rot-gold" zu geben, so wird es für viele eine schmerzliche Entschließung sein, die Farben schwarz-weiß-rot, die jahrzehntelang ruhmreich über uns geweht haben, verschwinden zu sehen. Aber es sind gewaltige Veränderungen, die das vergangene Jahrzehnt als eine abgeschlossene Periode erscheinen lassen.

Zu einem Freistaat wollen wir uns organisieren; aber nicht in nationalistischer Abschließung. Die junge deutsche Republik bekennt sich zum Völkerrecht und zum Völkerbund, der die Gleichberechtigung und die Freiheit aller seiner Glieder vorbehaltlos anerkennt.

Die Einheitlichkeit zwischen Reich und Gliedstaaten ist bis zu einem gewissen Grad garantiert durch Bestimmungen für die Verfassungen der Einzelstaaten, in republikanischen Verfassungen, demokratischem Wahlrecht und einer der Volksregierung verantwortlichen Landesregierung. Ein erfreulicher Fortschritt gegen früher ist es, daß die auswärtigen Beziehungen nunmehr ausschließlich Sache des Reichs sind. Nur sehr schwer hat sich die Reichsregierung entschlossen, auf die Streichung des Absatzes zu verzichten, wonach die einzelstaatlichen Kriegsministerien nicht bestehen bleiben sollten. Auch in der völligen Vereinheitlichung des Verkehrswesens ist nicht alles erreicht worden; doch sind Fortschritte bisher zweifellos erzielt worden. Erfreulich ist, daß wir endlich eine deutsche Reichspost haben, die im ganzen Reiche gelten wird. Eine starke Förderung hat der Einheitsgedanke auf dem Gebiete des Finanzwesens erfahren. Hier hat der Druck, der augenblicklich auf uns lastet, es durchgesetzt. Kirche und Schule sind nicht aufgenommen worden, entgegen der ursprünglichen Absicht der Reichsregierung. Den Einzelstaaten sind hier eine Reihe von Sonderrechten vorbehalten; es besteht aber die Aussicht, daß sie möglichst bald beseitigt werden können.

Bezüglich der territorialen Beschaffenheit der Gliedstaaten sieht die Verfassung Vereinbarungen zu Zusammenschlüssen vor. An der wichtigen Frage, ob die Reichsverfassung einfach die 25 Gliedstaaten in ihrem Bestand garantieren soll, kommt man nicht vorbei. Mit dem bloßen Bestehenlassen ist es nicht getan. Das Reich müßte sie eventuell durch sein Eingreifen erhalten. Diese Sache ist schon ins Rollen gekommen: Gotha und Koburg wollen sich von einander loslösen. Pyrmont will los von Waldeck.

Die sofortige Durchführung des Einheitsstaats ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Wenn die Vereinigung der Beteiligten nicht zustande kommt, kann die Vermittlung der Reichsregierung angerufen werden. Der Satz „Bleibt diese Ermittlung erfolglos, so kann auf Antrag eines der Beteiligten die Angelegenheit durch ein Reichsgesetz erledigt werden," ist vom Staatenausschuß vollständig gestrichen worden. Er ist von den drei strittigen Punkten der einzige von grundsätzlicher Bedeutung. Die Reichsregierung hat gegenüber diesem Widerspruch des Staatenausschusses sich wiederholt für die Beibehaltung dieses Gesetzes ausgesprochen.

Da der Gedanke des „Staatenausschusses" keinen Beifall fand, so soll ein Reichsrat geschaffen werden, und gewiß, es geht auch so, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichsrat nicht ein dem Reichstag gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung sein kann, wie es der alte Bundesrat gewesen ist. Und diese Hauptbedingung ist ja auch im Entwurf durchgeführt worden. Gegen die vom Reichstage beschlossenen Gesetzen steht dem Reichsrat ein aufhebendes Einspruchsrecht zu, aber auch vom Reichsrat abgelehnte Entwürfe kann die Reichsregierung in ihrer Form an den Reichstag bringen.

In der Organisation der Reichsgewalt ist der demokratisch-republikanische Zustand als Leitgedanke durchgeführt, so vor allem in den Bestimmungen über den Reichstag. Mancher wird geneigt sein, in der Einsetzung des Wahlprüfungsgerichts eine Einschränkung der Rechte des Reichstags zu sehen. Aber mit Unrecht, denn die Prüfung der Rechtsgültigkeit der Wahlen ist eine durchaus richterliche Funktion, wozu der Reichstag als durchaus politische Körperschaft nicht gerade geeignet ist. Neben dem Reichstag stellt der Entwurf einen unmittelbar aus Volkswahlen hervorgehenden Reichspräsidenten. Es erscheint notwendig, neben dem aus demokratischen Volkswahlen hervorgegangenen Parlament eine durch dieselbe demokratische Grundlage geschaffene starke Präsidentengewalt zu stellen. Das parlamentarische System verlangt ein solches Gleichgewicht der Gewalten. Neben den sich ergänzenden Befugnissen vom Präsidenten und Reichstag, an die Wähler zu appellieren, hat der Präsident die Funktionen des republikanischen Staatsoberhaupts. Die wichtigste staatsrechtliche Funktion des Präsidenten ist die Bildung der Reichsregierung, für die der Entwurf wieder das Reichskanzleramt vorsieht, aber der Reichskanzler ist nicht mehr der einzige verantwortliche Träger der Reichsregierung, sondern Präsident des Reichsministeriums. Man hat für dieses an sich nicht die kollegiale Verfassung vorgeschrieben, sondern will es der Gestaltung der praktischen Bedürfnisse überlassen.

Verfassungsänderungen sind gegen früher erschwert. Solche Erschwerungen liegen im Sinne demokratischer Verfassungen. Bei den besonderen Verhältnissen von Reich und Gliedstaaten werden damit auch Kompetenzverschiebungen erschwert. Die Gliedstaaten mögen darin eine starke Garantie für die ihnen zustehenden Rechte sehen. Niemals in der deutschen Geschichte hat ein Parlament eine so unbeschränkte Macht, aber auch eine so große Verantwortung gehabt, wie die deutsche Nationalversammlung.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

Weimar, 25. Febr.

Tagesordnung: Gesetzentwurf über die vorläufige Reichswehr.

Abg. Schöpflin (Soz.): Der Antrag ist ein Notbehelf. Es ist eine fast grausame Ironie des Schicksals, daß der Staat, der einst die stärkste Militärmacht der Welt war, jetzt genötigt ist, Freiwillige durch Zeitungsinserate zu werben. Eine einheitlich organisierte Truppe wird die vorläufige Reichswehr nicht sein, was aber einheitlich werden soll und muß, ist, daß diese Reichswehr die Verfassung respektiert und bereit ist, sich der Reichsregierung unterzuordnen und den Reichsgesetzen Geltung zu verschaffen. Notwendig ist auch, daß die Freiwilligen sich einer Kommandogewalt unterstehen und eine starke Disziplin haben. (Lebh. Zustimmung.) Schon heute sehen unzählige Soldaten ein, daß die gegenwärtigen Zustände in den Kasernen unmöglich so weiterdauern dürfen. Die Offiziere werden auf manches verzichten müssen. Auch die alte Grußpflicht ist wahrscheinlich unmöglich. Mit dem freiwilligen Gruß kann der Vorgesetzte durchaus respektiert werden. Der Antrag ist dringend. Es geht nicht an, daß polnische, tschechische und andere Banden die Grenzen des Reiches bedrohen oder daß Fanatiker oder ein paar Verbrecher eine Schreckensherrschaft aufrichten. Deshalb hoffe ich, daß sich auch aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft genug Leute finden, die freiwillig eintreten. Da die neue Einrichtung nur kurze Zeit dauern soll, wiegt die Gefahr, daß die Reichswehr eine Söldnertruppe werde, nicht allzu schwer. Es gilt jetzt schnell und energisch zu handeln.

Abg. Gröber (Z.): Die Schaffung einer vorläufigen Reichswehr ist so wichtig, daß wir jede Stunde als verloren ansehen, um die sie verzögert wird. Wenn diese Macht das leisten soll, was man erwartet, so müssen Gehorsam und Disziplin walten.

Abg. Siehr (D.D.): Die neue Reichswehr kann natürlich nur klein sein; sie wird aber ihren Zweck erfüllen, wenn sie auf starker Manneszucht aufgebaut ist. Ostpreußen muß gehalten werden. Energisch muß im Innern des Landes für Sicherheit und Ordnung gesorgt werden.

Abg. Bürecke (D.N.V.P.): Die Vorgänge der letzten Wöche sind Folgen der Revolution. Die Vorlage zeigt, daß die Sozialdemokratie umgelernt hat. Es geht eben nicht ohne Militarismus. Den freiwilligen Truppen danken wir für ihre ausgezeichnete Hilfe. Man sollte die Offiziere wieder in ihre Ehrenrechte einsetzen. Zu militärischen Führern dürfen nur Sachverständige ernannt werden. Das alte Heer war das beste Heer der Welt.

Abg. Henke (U.S.P.): Wir treten dem Entwurf auf das schärfste entgegen. Mit dem Entwurfe scheint man die Soldatenräte endgültig beseitigen zu wollen. Die Vorlage ist ein Stück Wiederbelebung des Militarismus.

Reichswehrminister Noske: Für eine Regierung, die fast zur Hälfte aus Sozialdemokraten besteht, ist es außerordentlich unerwünscht, daß eine ihrer ersten Maßregeln darauf gerichtet sein muß, neue starke militärische Machtmittel aufzustellen und gegen die eigenen Volksgenossen Gewalt anzuwenden. Aber es ist im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung und des Bestands des Reichs notwendig. Mit diesem Gesetz wird hoffentlich der Anfang zu strafferer Einheit auch auf militärischem Gebiete gemacht. Es wäre eine verbrecherische Leichtfertigkeit, wenn die Regierung nicht darauf bedacht wäre, die von Bolschewisten bedrohte ostpreußische Grenze zu schützen. Die Stärke der Reichswehr wird, wenn wir viel Glück haben, nicht ein Drittel der alten Heeresstärke betragen. Das Ausland braucht also keinen Anlaß zu Mißtrauen zu haben. Ein Mitbestimmungsrecht das sich mit der Schlagfertigkeit der Truppen vereinbaren läßt muß der Mannschaft zugestanden werden; es muß aber darauf geachtet werden, daß straffe Manneszucht und tadellose Disziplin herrschen.

Abg. Aßmann (D.V.P.): Wenn wir Ostpreußen nicht schützen, verlieren wir unser wichtigstes Ernährungsgebiet. Bei den Rang- und Gradabzeichen handelt es sich um tiefe Gemütswerte. Der Glaube an die Gegenrevolution ist ein Irrglaube. Wir haben ganz andere Sorgen; es geht ums Leben.

Abg. Ritter v. Langheinrich (Demokrat) befürwortet den Antrag der Mehrheitsparteien, besonders Bewährten Unteroffizieren die Offizierslaufbahn zu eröffnen.

Der Entwurf wird nach den Anträgen ohne Debatte erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr vormittags.

Neues vom Tage.

Ludendorff an Ebert.

Berlin, 25. Febr. Nach dem „Berl. Tagebl." hat General Ludendorff durch den deutschen Gesandten in Stockholm folgendes Schreiben an den Präsidenten der Deutschen Republik, Ebert, gerichtet:

Herr Präsident! Im November verließ ich Deutschland. Die Gründe sind Ihnen seit damals bekannt. Ich komme nicht wieder darauf zurück. In Ruhe, die mir die Heimat nicht zu geben vermochte, legte ich hier für das deutsche Volk meine Lebensarbeit schriftlich nieder. Das Werk ist jetzt beendet. Ich hoffe, daß das Vaterland daraus erkennen wird, daß ich an das Vaterland weiter denke, wie ich es bisher tat. In der Stunde seiner Not braucht es jede Kraft, die selbstlos nur an die Heimat denkt. Ein großer Teil des deutschen Volks steht wider mich. Aus meiner Schrift wird es mein Handeln erkennen. Es ist für das Vaterland, auch für mich nötig, daß allseitige Klarheit darüber herrscht, was ich während der vier Kriegsjahre tat und wo die Wurzeln unseres Unglücks liegen. Ich kehre jetzt nach Deutschland zurück und bitte die Regierung, diese Klarstellung herbeizuführen. Ludendorff.

Berlin, 26. Febr. Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung in dreistündiger Beratung sich mit der gesamten Wirtschaftslage befaßt. Alle Mittel sollen aufgeboten werden, um die Unruhen abzustellen. Für die Neubelebung des Transportwesens und die Wiederinstandsetzung der Transportmittel soll Sorge getragen werden. Der Sozialisierungsparagraph im Aktionsprogramm dürfe nicht Papier bleiben.

Weimar, 26. Febr. Der österreichische Staatssekretär des Aeußern, Bauer, ist gestern hier eingetroffen.

Berlin, 25. Febr. Ein neuer Rätekongreß soll Ende März einberufen werden.

Ludendorff in Deutschland.

Berlin, 26. Febr. General Ludendorff ist auf der Reise nach Berlin in Stralsund eingetroffen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 26. Febr. In der Waffenstillstandskommission in Spaa bemängelte der französische Vorsitzende die langsame Ablieferung des landwirtschaftlichen Materials. Der deutsche Vorsitzende erwiderte, die Verzögerung sei in erster Linie auf das verspätete Eintreffen der französischen Liste über die einzelnen Arten der abzuliefernden landwirtschaftlichen Maschinen zurückzuführen und auf die Transportschwierigkeiten, die sich aus dem Mangel an Lokomotiven ergeben.

Soll das Spiel doch weitergehen?

Paris, 26. Febr. Der „Temps" veröffentlicht eine längere Note über den Verlauf der Konferenzarbeiten, die von der Havasnote in verschiedenen Punkten wesentlich abweicht. Wie der „Temps" erfährt, soll der Waffenstillstand allerdings dem Vorfrieden als Grundlage dienen; über die Möglichkeit, den Waffenstillstand auch auf die Finanzklauseln und die Gebiets-Forderungen auszudehnen, seien aber die größten Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten. Es scheint deshalb, meint der „Temps", daß die Alliierten doch wieder auf den Gedanken zurückkommen müssen, nur ein militärisches Abkommen mit Deutschland abzuschließen, oder aber vielleicht noch ein bis zwei Monate zu warten, um ein neues Waffenstillstandsabkommen zu treffen und bis dahin mit dem vorläufigen Vertrag sich zu begnügen, gegen den allerdings von verschiedenen Stellen die schwersten Bedenken geltend gemacht wurden.

Preiserhöhung im Zeitungsgewerbe.

Berlin, 26. Febr. In einer gemeinsamen Sitzung des Vereins deutscher Zeitungsverleger und der Vertreter der Pressevereine wurde festgestellt, daß die Lage der deutschen Zeitungen gegenwärtig kritischer sei als je. Die Herstellungskosten sind infolge der Lohnerhöhungen, des Zwangs, die während des Kriegs eingestellten Arbeitskräfte zu behalten und die aus dem Kriege heimkehrenden wieder einzustellen, ferner infolge der Herabsetzung der Arbeitszeit usw. in einem bisher noch nicht dagewesenen Grade gestiegen. Um auch nur einen teilweisen Ausgleich für die ungeheuere Mehrbelastung zu finden, sind die Zeitungsverleger gezwungen, eine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise eintreten zu lassen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Sparrarrien.

Berlin, 25. Febr. In der letzten Nacht ist es im Zeitungsviertel von neuem zu kurzen Schießereien gekommen. Die „B. Z. am Mittag" bemerkt dazu: Die Schießereien kamen nicht unerwartet. Sie sind Vorzeichen eines neuen Putschplanes der Spartakisten.

Gotha, 26. Febr. Zwischen dem Reichswehrminister Noske und dem Abg. Bock (Unabh.) wurde eine Vereinbarung getroffen, daß der Generalstreik eingestellt, dagegen die Truppen mit Ausnahme einer Abteilung, die Heeresgut zu bewachen hat, zurückgezogen werden.

Plauen i. V., 26. Febr. In Plauen sind Privatwohnungen geplündert worden. Im Beisein des Schlachthausdirektors raubten die Spartakisten aus dem Schlachthof 12 Zentner Wurst, 7—8 Ztr. Speck, 5 Ztr. Schweinefleisch, die der Bevölkerung nun als Nahrung verloren gehen.

Halle a. S., 26. Febr. Der Generalstreik der mitteldeutschen Bergleute, der Belegschaften der großen chemischen Fabriken und Stickstoffwerke, der Eisenbahner und der Metallarbeiter gewinnt an Ausdehnung. Es handelt sich nach Mitteilung des Bezirksbergarbeiterrats bei diesem Streik um die Anerkennung der Arbeiter-Betriebsräte in den Gruben durch die Reichsregierung.

Halle a. S., 26. Febr. Zum Protest gegen den spartakistischen Eisenbahnerstreik haben die Telegraphen- und Fernsprechbeamten, die der übrigen Behörden und auch die Aerzte ihre Tätigkeit eingestellt.

Düsseldorf, 25. Febr. In Düsseldorf hat sich in der vergangenen Nacht eine große Umwälzung vollzogen. Der aus Unabhängigen und Spartakisten bestehende Arbeiterrat hatte gestern mit großer Mehrheit beschlossen, die Wiederaufnahme des Generalstreiks abzulehnen. Darauf ist dieser Arbeiterrat von radikalen Elementen der Spartakisten und Arbeitslosen gestürzt worden. Die Unabhängigen, welche Mitglieder des bisherigen Vollzugsrates waren, sind in sogenannte Sicherheitshaft genommen worden. Der neue Vollzugsrat soll den Generalstreik mit aller Stärke durchführen. Die Empörung der Arbeiterschaft, welche weiter zu unfreiwilligem Feiern gezwungen werden soll, ist ungeheuer.

Essen, 25. Febr. Es streiken noch 15 000 Mann gegen 35 000 am gestrigen Tag.

Durch den Ausstand der Bergarbeiter sind jetzt schon viele Millionen den Arbeitern durch Lohnausfall und den Zechen durch die sinnlosen Zerstörungen in den Werkanlagen und die Stillegung der Betriebe verloren gegangen. In einigen Tagen werden die Koksöfen vollständig erkaltet sein.

Mannheim, 26. Febr. Der bei den Vorgängen am Samstag am Gefängnis und am Gerichtsgebäude angerichtete Schaden wird auf etwa 300 000 Mk. geschätzt. Es wurden 400 Gefangene, darunter Schwerverbrecher, befreit. Infolge der angerichteten Zerstörungen an den Gerichtsakten und des Mangels an persönlicher Sicherheit erklären die Gerichtsbeamten, vorläufig ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben zu können.

Bemerkenswert ist, daß einige bei der Erstürmung der Gefängnisse freigelassene Gefangene wieder zurückkehrten, da sie nichts zu essen hatten.

Kommerzienrat Karl Reuther von der Firma Bopp u. Reuther wurde auf dem Wege von der Fabrik nach seiner Wohnung von einem Unbekannten erschossen.

Freiburg, 26. Febr. Der A.- und S.-Rat, die Sozialdemokratische Partei, die U. S. P., die Gewerkschaftskartelle und der Ausschuß der Erwerbslosen und der Notstandsarbeiter hatten für gestern nachmittag zum Generalstreik aufgefordert, als Protest gegen die politischen Mordtaten in München und gegen die „gegenrevolutionären" Bestrebungen. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Ein großer Teil der Geschäfte und Betriebe hatten geschlossen. Die Zeitungen sind nachmittags nicht erschienen. Abends war der Ausstand beendet.

Aschaffenburg, 26. Febr. Der A.- und S.-Rat von Aschaffenburg hat den Belagerungszustand über Stadt und Land Aschaffenburg und die Vorzensur über die Tageszeitungen verhängt.

Die Unruhen in München.

München, 26. Febr. Gestern nachmittag tagte im Landtag der Ausschuß des Landesarbeiter-, Soldaten- und Bauernrats, um zu den politischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Etwa 200 Beauftragte waren anwesend. Die Aussprache war teilweise sehr erregt und wurde schließlich auf Donnerstag vertagt. Eine im Haus erschienene Abordnung berichtete, daß eine Versammlung von 5000 Arbeitern unter anderem gefordert habe, daß die Räterepublik sofort ausgerufen werde und daß der Landtag nie wieder zusammentrete. Die Abordnung verlangte die Absetzung verschiedener Persönlichkeiten, die Besetzung wichtiger Punkte der Stadt, die sofortige Verbindung mit Rußland und die Besetzung der russischen Gesandtschaft durch Vertreter der russischen Sowjetregierung, außerdem Streichung der Staatsschulden und Absetzung des Münchener Stadtkommandanten.

München, 25. Febr. In einer Bekanntmachung des Zentralrats darf für die Zeit, in der Arbeiter und Angestellten am 21. bis 23. Febr. die Arbeit eingestellt haben, keine Kürzung der regelmäßigen Arbeitsverdienste eintreten. Das gleiche gilt für den Trauertag am 26. Februar.

Die Schlösser des Grafen Arco-Zinneberg und Arco-Valley in Oberbayern sind besetzt worden.

München, 26. Febr. Unter dem Geläute aller Kirchenglocken bewegte sich von der Theresienwiese aus ein unübersehbarer Trauerzug zum Ostfriedhof, um an der Beisetzung Kurt Eisners teilzunehmen. In das Glockengeläute mischten sich Gewehrschüsse, die von den Posten als Trauersalut für den Ermordeten abgegeben wurden.

Der Zustand des Ministers Auer hat sich in der letzten Nacht verschlimmert, so daß mit seinem Ableben gerechnet werden muß.

Weimar, 26. Febr. Die in Weimar anwesenden Mitglieder der Nationalversammlung aus Bayern erlassen einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Der bayrische Landtag ist zurzeit mundtot. Wir sind einig mit dem ganzen Volk in der rückhaltslosen Verurteilung der ruchlosen politischen Mordtaten, die in München geschehen sind, und fordern rücksichtslose Strafverfolgung. Uneingeschränkte Pressefreiheit muß sofort wieder hergestellt werden. Wir fordern die Wiederkehr gesetzlicher Zustände. Die einzig gesetzmäßige Gewalt liegt heute beim Landtag. Aus ihm muß die künftige Regierung hervorgehen und die Gewähr für den ungestörten Verlauf seiner Beratungen gegeben werden. Aus den Räten sollen gesetzliche Einrichtungen in Form von Berufsorganisationen zu dauerndem Besitz des Volkes werden, aber der verfassunggebende Landtag hat zu bestimmen, was nach dem Willen des Volks in die Verfassung aufzunehmen ist. Was jetzt Kommunisten und Spartakisten in München treiben, ist Vergewaltigung durch eine verschwindend kleine Minderheit. Der Aufruf fordert dann alle Volksgenossen, insbesondere die Soldaten, auf, sich zusammenzuschließen auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit zum Schutze der Volksvertretung und zur Sicherheit der bayerischen Republik.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 26. Febr. (Amtlich.) Wie zu erwarten war, fahren die Polen mit Angriffen gegen deutsche Ortschaften fort. Dabei suchen sie uns als die Schuldigen hinzustellen, indem sie durch einen Funkspruch an das Nationalkomitee in Paris verkünden, daß wir die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags nicht einhalten. Sie wenden hierbei die altbewährte polnische Methode an, den Gegner derartig mit erdichteten Beschuldigungen zu überschütten, daß es nicht leicht ist, alle Unwahrheiten alsbald zu widerlegen. Wir beschränken uns daher vorläufig darauf, die polnische Behauptung, daß wir die Angriffe nicht eingestellt, zurückzuweisen.

Handelsverbot.

Helsingfors, 26. Febr. Die englische Regierung hat allen Handel zwischen Deutschland und Finnland untersagt. Die finnischen Reedereien stellen den Betrieb ein.

Hamburg, 26. Febr. Ein zur Ablieferung bestimmtes von dem Dampfer „Roland" geschleppptes Tauchboot ist auf der Doggerbank gesunken.

Die „internationale" Wasserstraße.

London, 25. Febr. Auf Anfragen im Unterhaus, ob Schelde und Rhein für Truppentransporte nutzbar nutzbar gemacht werden, erwiderte Hauptmann Guest, das Kriegsamt hoffe, in Kürze einen solchen Dienst einzurichten. Bisher könnten wegen Mangels an Schiffen nur sehr wenige Truppen auf diesem Wege befördert werden.

Heimkehr.

London, 25. Febr. (Reuter.) General von Lettow-Vorbeck ist an Bord des Dampfers „Feldmarschall" in Plymouth eingetroffen. In Begleitung des Generals befinden sich die Mitglieder seines Stabs, einige deutsche Kriegsgefangene und eine bewaffnete Wache.

Gegen die Zwangswirtschaft.

Berlin, 26. Febr. Um der Hungersnot vorzubeugen ist, wie Professor Backhaus in der „Täglichen Rundschau" ausführt, die Förderung unserer Landwirtschaft dringend notwendig. Vorbedingung für die Entwickelung der Landwirtschaft ist nach diesem Sachverständigen die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft, die unsere Erzeugung gehemmt und die Volksstimmung untergraben habe. Nur Brotgetreide und Fleisch müßten noch eine Zeitlang zentral bewirtschaftet werden. Auch das Verbot der Verfütterung und technischen Verwendung von Nahrungsstoffen, sowie einige Höchstpreise müßten zunächst noch aufrecht erhalten werden.

Tschechischer Angriff gegen Ungarn.

Budapest, 26. Febr. Die Tschechen haben in Komorn auf der rechten Donauseite viel Artillerie zusammengezogen und von Ungwar und Preßburg Truppen herangeführt, um bei Komorn den Uebergang über die Donau zu erzwingen. Der Kriegsminister Böhm hat bewaffneten Widerstand befohlen.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 26. Febr. Frankreich verlangt die Aufhebung des Vertrags von Algeciras, damit es Deutschland unmöglich gemacht werde, in Marokko seine feindseligen Absichten zu erneuern. (Diese „Feindseligkeit" besteht darin, daß einige deutsche Firmen, darunter Mannesmann, Bergwerksgerechtigkeiten in Marokko besitzen die ihnen der Vertrag sicherstellte. Bei Kriegsausbruch hat sich Frankreich bekanntlich der Werke bemächtigt und die Betriebsbeamten gefangen gesetzt, einige davon sogar erschossen. D. Schr.)

Paris, 26. Febr. (Reuter.) Das Sinn Feiner-Mitglied des Dubliner Parlaments Kelly ist hier als beglaubigter Gesandter der vorläufigen Regierung der irischen Republik eingetroffen. Er sandte der Friedenskonferenz einen Brief, in dem er Anerkennung der Unabhängigkeit Irlands und Zulassung Irlands zum Völkerbund verlangt.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Unser Haus wird stets das deine sein, Gerlinde. Je öfter du bei uns sein wirst, je mehr werden wir uns freuen. Und wir werden dich auch bald in deinem neuen Heim besuchen. Ich freue mich auf die gemütlichen Plauderstündchen mit dir. Hast du dich im Witwenhaus gut eingelebt?"

Gräfin Gerlinde hatte gespannt in den beiden Gesichtern geforscht. Und sie sah darin nicht, was sie gefürchtet hatte, den hellen, sonnigen Schein, der nur wahrhaft glücklichen Menschen eigen ist. Das ließ sie innerlich aufjubeln. Rainer hatte an Jostas Seite das Glück nicht gefunden in diesen Wochen des Alleinseins mit ihr. Und nun sollte er es auch nicht mehr finden. Jetzt war sie da, um darüber zu wachen, daß diese beiden Menschen sich im Herzen fremd blieben.

Fast übermütig blitzten ihre Augen auf, als sie antwortete:

„Man lernt sich bescheiden, Vetter. Ich stoße mich schon nicht mehr an allen Ecken in meinem kleinen Zimmer. Und wenn ich eine Wanderung durch alle meine Räume mache, brauche ich genau siebzig Schritte, um sie zu durchmessen. Zeitweise war es in diesen Wochen meine einzige Beschäftigung, das auszuzählen. Baronin Rittberg, die mich besuchte, findet es riesig gemütlich bei mir. Nun, vielleicht komme ich mit der Zeit auch noch zu dieser beglückenden Ansicht."

In den letzten Worten lag ein leiser Spott. Graf Rainer merkte das aber nicht. Er lachte harmlos und bot Josta den Arm, um sie über die Schwelle zu führen. Einen Moment stand Gräfin Gerlinde, als wollte sie ihr den Weg versperren. Josta hatte wenigstens das Empfinden. Aber endlich mußte sie doch zur Seite treten.

Die Leute zerstreuten sich nun, die Diener begaben sich auf ihre Posten, und Gräfin Gerlinde schritt wie selbstverständlich neben dem jungen Paar, als sei sie gewillt, es nicht allein zu lassen.

Aber da mußte sie erleben, daß die neue Herrin von Ramberg ziemlich energisch die Initiative ergriff.

„Ich bin ein wenig müde, liebe Gerlinde, und es verlangt mich nach Ruhe; wir sind seit dem frühesten Morgen unterwegs. Du entschuldigst uns vorläufig. Sobald ich mich ein wenig in meinem neuen Reiche umgesehen habe, werde ich mir erlauben, dir einen Besuch im Witwenhaus zu machen. Und dann wirst du uns recht oft das Vergnügen deines Besuches machen. Ich danke dir herzlich für dein Willkommen. Auf Wiedersehen also!"

Damit reichte sie ihr die Hand. Gräfin Gerlinde war verabschiedet, und es war ihr sofort klar gemacht worden, daß sie in Zukunft nur noch Gastrecht in diesen Räumen hatte. Sie wurde einen Schein bleicher, bewahrte aber ihre Haltung. Aber sie dachte grollerfüllt bei sich:

„Das sollst du mir büßen! Nichts will ich dir vergessen, was ich um deinetwillen habe leiden müssen an Demütigungen und Schmerzen."

Graf Rainer war im Grunde froh, daß Josta Gerlinde jetzt verabschiedete, aber er war ein wenig verlegen, daß es so energisch geschah. Deshalb ergriff er zur Abschwächung Gerlindes Hand, führte sie an seine Lippen und sagte herzlich:

„Sobald wir restauriert sind, sehen wir uns. Wir freuen uns schon auf die abendlichen Plauderstündchen, wenn mich keine Geschäfte mehr abrufen. Also auf Wiedersehen, liebe Gerlinde!"

Diese vermochte zu lächeln, trotz des Grolles in ihrem Herzen.

„Auf Wiedersehen! Ruhe dich gut aus, kleine Frau, du bist ein wenig blaß und müde."

Damit zog sie sich zurück.

Graf Rainer führte seine Frau in ihr Zimmer. Das Erste, was Josta hier sah, war eine Fülle roter Rosen, die in Vasen und Jardinieren ihre Zimmer schmückten. Ein süßer Duft drang ihr entgegen. Sie atmete tief auf.

„Wer hat meine Zimmer so herrlich geschmückt Rainer?" fragte sie zu ihm aufsehend.

„Es geschah auf meinen Befehl, Josta. Freut es dich ein wenig?"

Ein leises Rot stieg in ihr Gesicht.

„Sehr. Diese roten Rosen sind so herrlich; es sind dieselben, die du mir immer gesandt hast während unserer Verlobungszeit. Ich habe noch nie so viele und so wundervolle Rosen gesehen. Sind sie alle in Ramberg gezogen, diese Rosen?"

„Ja, sie werden hier besonders sorgfältig gepflegt. Du weißt doch, daß diese roten Rosen eine besondere Bedeutung für unser Geschlecht haben?"

Fragend sah sie ihn an.

„Nein — das weiß ich nicht. Welche Bedeutung haben sie?" fragte sie hastig.

„Es ist dieselbe Rosensorte, die du in unserem Wappen findest, dessen Bedeutung du ja kennst. Seit unserm Ahnherrn diese drei Rosen auf das Bett gelegt wurden, sind diese roten Rosen Glücksbringer für unser Geschlecht geworden. Und seither sind sie besonders in Ramberg gepflegt worden."

Josta senkte das Köpfchen auf einen Strauß dieser Rosen herab. Deshalb also hatte Rainer ihr immer rote Rosen gesandt und jetzt ihr Zimmer damit schmücken lassen. — Freilich — was sollten sie auch sonst für eine Bedeutung haben! Sie hatte sich immer wieder fragen müssen:

„Weshalb sendet er mir die roten Rosen der Liebe, da er mich doch nicht liebt?"

Nun wußte sie, daß für ihn diese Rosen eine andere Bedeutung hatten. Ach, was hätte sie darum gegeben, wenn es nur Rosen der Liebe gewesen wären.

Rainer ahnte nicht, was in Jostas Köpfchen für Gedanken kreisten. Er hatte ihr rote Rosen geschenkt, weil er sie liebte. Aber das durfte er ihr nicht sagen.

„Wenn du dich umgekleidet hast, laß mich rufen, Josta. Ich will dich dann in deinem Reich herumführen," sagte er herzlich.

Fortsetzung folgt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Washington, 25. Febr. (Reuter.) **Wilson ist** am Morgen angekommen. Das Kabinett tritt am Nachmittag zusammen.

Wilson hat die Gesetzesvorlage, durch die den Kriegsgewinnlern eine Steuer von 6 Milliarden Dollars (25,2 Milliarden Mark) auferlegt wird, unterzeichnet.

Neuyork 26. Febr. Die Polizei hat in dem Klub der 14 Spanier, die wegen Verschwörung gegen Wilson verhaftet wurden, anarchistische Propagandaflugschriften entdeckt. Verschiedene russische Bolschewisten, die an dem Anschlag beteiligt waren, sind verhaftet.

Berlin, 26. Febr. Die Reichsregierung hat an die Alliierten die Bitte gerichtet, die vorgesehenen 30 000 Tonnen Schweinefleisch und 250 000 Kisten eingedickte Milch angesichts der deutschen Notlage sofort zu liefern.

Erfurt, 26. Febr. Die hiesige Arbeiterschaft ist heute morgen um 9 Uhr in den Generalstreik eingetreten.

Mannheim, 26. Febr. Der am 23. Februar hier durchgeführte Putschversuch war von langer Hand vorbereitet. Als Tag der Ausführung war zwar nicht der Samstag oder Sonntag in Aussicht genommen, vielmehr sollte der Putsch erst 14 Tage später vor sich gehen. Durch den Tod Eisners ist die Sache jedoch früher ins Rollen gekommen. Die Bewaffnung der Spartakisten ist so umfangreich, daß man damit ein kriegsstarkes Regiment ausrüsten könnte. Einen großen Teil der Waffen haben sie sich dadurch verschafft, daß sie das aktive Bataillon 110 entwaffneten. Uebrigens ist festgestellt worden, daß die Mannheimer Spartakisten auch mit auswärts Verbindung suchten; man weiß, daß noch in verschiedenen badischen Städten sich Spartakistengruppen befinden.

Der Krieg im Osten.

Libau, 25. Febr. Die Stadt Windau wurde durch einen gleichzeitigen Angriff auf der Land- und Seeseite, an dem reichsdeutsche Truppen und deutschbaltische Landwehr beteiligt waren, nach heftigem Kampfe eingenommen.

Abtransport der Deutschen aus China.

London, 25. Febr. Nach Reuter sind 4 Schiffe bereitgestellt, um alle in China befindlichen Deutschen (2500) mit Ausnahme einiger Missionare nach Rotterdam zu befördern.

Revolution in Italien?

Berlin, 26. Febr. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist in Italien die Revolution ausgebrochen. Der König ist ermordet.

(König Viktor Emanuel III. ist 11. Nov. 1869 geboren und seit 1896 mit Prinzessin Helene von Montenegro vermählt. Er hat fünf Kinder, vier Töchter und einen Sohn, den Kronprinzen Humbert geb. 1904.)

Amtliches.

Oberamt Nagold.

Viehzählung am 1. März 1919.

Am 1. März. ds. Js. findet wieder eine Viehzählung statt, die sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner) und Kaninchen (Stallhasen) erstreckt.

Die Durchführung der Zählung liegt den Gemeindebehörden ob und erfolgt in der bisherigen Weise. Vor der Zählung ist von den Herren Ortsvorstehern in ortsüblicher Weise bekannt zu geben, daß am 1. März 1919 die Zählung stattfindet. Im übrigen wird auf die Verfügung des Ernährungsministeriums vom 20. ds. Mts., Staatsanzeiger Nr. 43 und genaue Einhaltung des Vorlagetermins für die abgeschlossene Ortsliste noch besonders hingewiesen.

Die für die Zählung erforderlichen Vordrucke (Titel- und Einlagebogen) gehen heute den Gemeindebehörden zu.

Wegen der Nachprüfung der Geflügelbestände wird den Herren Ortsvorstehern noch besonderer Erlaß von hier aus zugehen.

Um eine neue Grundlage für die Farrenschau zu gewinnen, ist in Verbindung mit der Viehzählung die Zahl der Kühe, sowie alle über ein Jahr alte sprungfähigen Rinder — geführt und nicht geführt — aufzunehmen.

Den 26. Februar 1919. Münz A.-V.

Landesnachrichten.

Altensteig, 27. Februar 1919.

* **Die württ. Verlustliste Nr. 749** enthält u. a. folgende Namen: Jakob Gauß, Ueberberg, bish. schw. verw., gest., Ltn. d. R. Paul Speer, Wildberg, bisher vermißt, gerichtlich für tot erklärt, Gefr. Jakob Dengler, Sulz, Nagold, inf. Krankh. gest., Johannes Wolf, Zwerenberg, inf. Krankh. gest., Uffz. Friedrich Maulbetsch, Altensteig-Dorf, vermißt, Gefr. Ernst Frey, Schönegründ vermißt, August Hörrmann, Sulz, Nagold, l. verw., Christian Pfau, Oberiflingen, bish. vermißt, in Gefgsch., Wilhelm Morhard, Walddorf, bish. vermißt, in Gefgsch.

Schneiderzwangsinnung Nagold. Die am 23. Febr in Ebhausen stattgefundene Hauptversammlung war von 35 Kollegen besucht. Nach kurzer Begrüßung, besonders der vom Felde Zurückgekehrten durch den Obermeister Beutler, erfolgte der Bericht vom Obermeistertag in Reutlingen. Hierauf wurde beschlossen, daß sich die Innung dem Landesverband anschließt und die Bundeszeitung obligatorisch bezogen wird. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Tariffrage. Einem Vorschlag zufolge wurde stattgegeben, denselben nach Stundenlohn festzusetzen. Bei der Wahl dankte der Obermeister für das ihm geschenkte Zutrauen und sah von einer Wiederwahl ab; hierauf wurde Herr Chr. Theurer als Obermeister gewählt. Nachdem noch über Lehrlingswesen und sonstiges gesprochen wurde, wurde die Versammlung geschlossen.

— **Die amtlichen Geldkurse.** Die Kassenkurse für fremdländische Zahlungsmittel, wie sie mit Geltung vom 17. Februar an vom Kriegsministerium festgesetzt worden sind, erwecken besonderes Interesse. Es gilt 1 Oberost Rubel 2,— Mk., 1 polnische Mark 1,—, 1 österreichische Krone 0,50 Mk., 1 türkisches Pfund 20,— Mk., 1 rumänischer Leu 0,60 Mk., 1 italienische Lira 0,47½ Mk., 80 Pfennig gilt ein bulgarischer Lew, 1 belgischer oder französischer Frank, 1 finnische Mark, 1 russischer Rubel, sowie 1 Karbowancz (Ukraine). Von Rubeln haben aber nur Zaren-, Duma- und Kerenski-Noten sowie Odessaer Stadtgeld und Georgische Noten Geltung. Das französische Stadtgeld gilt nur 75 Pfg.

— **Nickelmünzen** werden nicht mehr von den öffentlichen Kassen zurückgehalten, sondern verbleiben im Zahlungsverkehr. Silbergeld, das fast ganz verschwunden war, kommt langsam in kleinem Umfang wieder zum Vorschein. Zu dem Münzverkehr wie vor dem Kriege werden wir es aber wohl nie wieder bringen.

— **Postverkehr mit Deutsch-Oesterreich.** Neuerer Mitteilung zufolge sind nach Deutsch-Oesterreich keine Wertbriefe, dagegen Pakete jeder Art zugelassen.

— **Die Anmeldung der Maschinen.** Da über die Ablieferung der Maschinen und Betriebseinrichtungen, die in Frankreich und Belgien beschlagnahmt waren, noch Verhandlungen schweben, kann von deren Anmeldung bis auf weitere Anordnung abgesehen werden.

— **Die neue Biersteuer.** Nach dem Gesetzentwurf für die Besteuerung des Bieres unterliegt der neuen Biersteuer nur das in Württemberg hergestellte und verbrauchte Bier, während das unter Steueraufsicht aus Württemberg ausgeführte Bier von der Steuer befreit ist. Die Steuer beträgt für das Hektoliter von den ersten 1500 Hektl. 9.50 Mk., von den folgenden 3000 Hektl. 10 Mk., von den folgenden 5500 Hektl. 10.50 Mk., von den folgenden 10 000 Hektl. 11 Mk., von den folgenden 20 000 Hektl. 11.50 Mk. von den folgenden 30 000 Hektl. 12 Mk., von den folgenden 60 000 Hektl. 12.25 Mk., von dem Rest 12.50 Mk. Diese Steuersätze ermäßigen sich für Einfachbier und erhöhen sich für Starkbier je um die Hälfte. Die Steuerpflicht tritt ein, sobald das Bier aus der Brauerei entfernt oder in der Brauerei getrunken wird. Zur Bierbereitung dürfen andere Stoffe als geschrotenes Malz, Hopfen, Hefe und Wasser nicht verwendet werden. Das Gesetz tritt am 1. April 1919 in Kraft. Der künftige Gesamtertrag kan Biersteuer wird auf 35 839 794 Mk. und der Gesamtertrag für die Landeskasse auf 17 242 567 Mk. berechnet. Dies ergibt einen Mehrertrag für die Landeskasse von 9 880 649 Mk. und zusammen mit der Erhöhung des Ausgleichungsbetrags von 12 452 833 Mk. im ganzen ein Mehr von 22 333 489 Mk.

Die württ. Regierung ist bereit, auf ihr Sonderbierbesteuerungsrecht gegen angemessene Entschädigung durch das Reich zu verzichten und in die deutsche Biersteuergemeinschaft einzutreten. Wenn die diesbezüglichen Verhandlungen Erfolg haben, so würde der neue Biersteuergesetzentwurf hinfällig sein.

Nagold, 26. Febr. Die beiden hiesigen Gesangvereine „Liederkranz" und „Sängerkranz" haben sich unter dem Namen „Vereinigter Lieder- und Sängerkranz Nagold" verschmolzen, nachdem sie während des Kriegs schon vielfach zusammengewirkt hatten. Vorstand ist Präzeptor Wieland, Kassier Wilh. Weinstein und Schriftführer Ernst Braun. Dirigent ist Hauptlehrer Grieb.

* **Haiterbach**, 26. Febr. (Stadtschultheißenwahl.) Die Stelle des Stadtschultheißen wurde im Staats-Anzeiger zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Wahl soll am 20. März, die Vorstellung der Bewerber voraussichtlich am Sonntag, den 9. März stattfinden.

* **Freudenstadt**, 25. Febr. Bei einer am Sonntag hier stattgefundenen Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Bauernräte wurde erwähnt, daß die Vorarbeiten für den Bahnbau Dornstetten—Pfalzgrafenweiler soweit gediehen seien, daß in 4—5 Wochen mit den Erdarbeiten begonnen werden könne.

* **Freudenstadt**, 24. Febr. (Die Notstandsarbeiten im Bezirk Freudenstadt). Zur Behebung und Untersuchung von Beschwerden die seitens der hiesigen Notstandsarbeiter an das Arbeitsministerium gerichtet wurden, sowie zur Besprechung der allgemeinen Lage der Notstandsarbeiter, fand gestern vormittag in Anwesenheit eines Vertreters des Arbeitsministeriums, des Forstmeisters Kienzle, Sekretärs Bernhardt als Vertreter des städt. Arbeitsamts, einiger Notstandsarbeiter und Unternehmer von hier und Baiersbronn, eine Sitzung des Demobilmachungsausschusses im Rathaus statt. Einleitend gab Forstmeister Kienzle, lt. Gr., an der Hand von Entwürfen die Projekte bekannt (es sind deren eine ganze Reihe), die in nächster Zeit in den staatlichen Forsten im Bezirk zur Behebung der Arbeitslosigkeit ausgeführt werden sollen. Wohl sind einige vorgesehene Arbeiten viel zu weit von hier entfernt als daß dieselben von hiesigen Arbeitslosen ausgeführt werden können, dafür finden aber Erwerbslose oder Kleinlandwirte etc. in den Bezirksgemeinden Verdienst. Verschiedene Anregungen aus der Mitte der Versammlung, wie die Arbeiten vergeben werden sollen, die Klagen und Beschwerden zu beheben sind, um den aus den verschiedensten Berufsgruppen sich rekrutierenden Arbeitslosen gerecht zu werden, nahm der Regierungsvertreter zur Kenntnis. Die leidige Geschirrfrage scheint dahin ihre Erledigung zu finden, daß die Regierung bemüht ist, Ansuchenden möglichst Geschirr auf Staatskosten zu stellen mit Vorbehalt des Eigentumrechts. Sekretär Bernhardt gab zu verstehen, daß es der hies. Stadtverwaltung auf die Dauer unmöglich sei, die gegenwärtige Anzahl Arbeitsloser, die täglich einen Kostenaufwand von über 1000 ℳ verursachen, zu beschäftigen und wohl oder übel die jüngeren nicht verheirateten Arbeiter sich gefaßt machen müssen, an eine andere Arbeitsstelle verwiesen zu werden. Der Regierungsvertreter gab dann in kurzen Zügen ein Bild, wie die württ. Regierung die schwierige Erwerbslosenfrage zu regeln gedenkt, und zwar auf gesetzlicher Grundlage.

* **Gernsbach**, 24. Febr. (Ertrunken.) Vor kurzem wollte der 10jährige Knabe Franz Hornung bei Ottenau über die nur teilweise zugefrorene Murg. Das Eis brach, der Knabe versank im Wasser und ertrank.

Aufruf der Staatsregierung.

(-) **Stuttgart**, 26. Febr. An die Arbeiter erläßt die württ. Staatsregierung einen Aufruf. Für Donnerstag, den 24. Februar, hat Spartakus einen Kampf gegen die Regierung angesagt, um sie zu stürzen und in Blutvergießen und Plünderung die Schreckensherrschaft aufzurichten. Dazu will das kleine Häuflein unter dem schwindelhaften Vorwand, die „Gegenrevolution" zu bekämpfen, die Massen der Arbeiter benützen. Die Arbeiter sollen sich von den Demonstrationen und dem Generalstreik abkehren und sich gegen die Vergewaltigung und Bedrohung durch unreife Burschen wehren. Die Regierung ist fest entschlossen, gegen die Gewalt der Spartakisten Gewalt zu setzen; sie wird alle Gewalttätigkeiten rücksichtslos niederwerfen und gegen Plünderungen mit der vollen Schärfe des Gesetzes vorgehen.

(-) **Stuttgart**, 26. Febr. (Aus dem Finanzausschuß.) Der Finanzausschuß nahm den Antrag Haußmann u. Gen. (D.d.P.) über die Hilfe für württ. Kriegsteilnehmer aus der Schweiz einstimmig an. Ein weiterer Antrag Haußmann über Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen in Verbindung mit einem ähnlichen Antrag Bazille (B.P.), wurde auf Grund eines Antrags Graf (Z.) u. Gen. mit einer kleinen Abänderung als gemeinsamer Antrag sämtlicher Parteien einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag Kurz (Soz.) u. Gen., daß die Bewilligung der Löhnung an Angehörige von Kriegsgefangenen weitherziger erfolgt und daß die Bedürfnisfrage entgegenkommend gehandhabt wird. Vom Abg. Herrmann (D.d.P.) u. Gen. wurde der Antrag gestellt, daß Kriegsteilnehmern, die noch auf Grund der bestehenden Bestimmung keine Entlassungsanzüge erhalten haben, ein solcher einschließlich Fußbekleidung noch nachträglich zugebilligt wird; dieser Antrag wurde mit dem Zusatzantrag Graf (Z.) u. Gen.: soweit die Vorräte der Heeresverwaltung hiezu nicht ausreichen, solle eine entsprechende Entschädigung gewährt werden, einstimmig angenommen.

(-) **Stuttgart**, 26. Febr. (Aus dem Verfassungsausschuß.) Zu § 14 Abs. 2 (Uebertragung des Eigentumsrechts des Staats an kirchlichen Gebäuden und Grundstücken auf die beiden Kirchen) bemerkte Ministerialrat Meyding: Das Eigentum an den bisherigen Staatspfarrhäusern soll auf die Kirche übergehen. Diese Bestimmung sei auf die Bitte der evang. Landeskirchenbehörde aufgenommen worden. Der Bauaufwand sei bei Bemessung der Renten mit zu berücksichtigen. Kultminister Heymann ersuchte von der Resolution der Bürgerpartei abzusehen; diese lautete: „Die Landesversammlung wolle sich dafür aussprechen, daß unter den kirchlichen Gebäuden und Grundstücken auch die niederen und höheren Konvikte und Seminare begriffen sind." Die genannten Gebäude sollen ihrem Zwecke nicht entzogen werden. Die drei Absätze des § 14 wurden dann nach dem Regierungsentwurf angenommen; er lautet:

Abs. 1: Zur Abfindung ihrer Vermögensansprüche an den Staat erhält die evang. und die kath. Kirche eine unverzinsliche Geldrente; die Renten sind unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl beider Kirchen nach ihren bestehenden Bedürfnissen zu bemessen. Streitigkeiten über die festgesetzten Renten entscheidet der Verwaltungsgerichtshof.

Abs. 2: Die kirchlichen Gebäude und Grundstücke des Staates werden in das Eigentum der Kirchen übertragen.

Abs. 3: Ein Gesetz regelt das Nähere; bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die Bedürfnisse beider Kirchen nach den bisherigen Grundsätzen aus der Staatskasse bestritten.

Die Resolution Wurster (B.P.) betr. Konvikte wurde mit 15 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde eine weitere Resolution Wurster zu §§ 13 und 14 mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen: „Das Gesetz, auf das hier Bezug genommen ist, soll nach Anhörung der beteiligten Kirchenbehörde vorbereitet und ausgeführt werden."

(-) **Heilbronn**, 26. Febr. (Generalstreik.) Der hiesige Arbeiterrat hat unter Zustimmung der Gewerkschaften für heute Mittwoch den Generalstreik angekündigt. Er bezweckt die Kundgebung für die Sicherung der Errungenschaften der Revolution und für wirtschaftliche Forderungen an die Arbeitgeber.

(-) **Reutlingen**, 26. Febr. (Ueberfall.) Auf dem Bahnhof wurden zwei Gutebel, die bei Münsingen einen Offizier angefallen und beraubt hatten, von dem verfolgenden Unteroffizier abgestraft.

(-) **Altingen**, OA. Herrenberg, 25. Febr. (Ueberfall.) Der Schuhmachermeister Karl Hammer wurde, wie die „Rottenb. Ztg." berichtet, auf einem Geschäftsgang in der Nacht zwischen Unterjesingen und Oeschelbronn überfallen. Mit ziemlich schweren Verletzungen und bewußtlos wurde er aufgefunden und nach Hause gebracht. Die Täter scheinen bei der Ausführung ihres Verbrechens gestört worden zu sein, denn ein beträchtlicher Barbetrag, den Hammer bei sich führte und auf den sie es abgesehen zu haben schienen, fiel ihnen nicht in die Hände.

(-) **Großbottwar**, 24. Febr. (Gefährliches Spielzeug.) Beim Spielen mit dem Revolver wurde der 18 Jahre alte Sohn der Witwe Feil von Hof und Lembach am Sonntag nachmittag von einem Kameraden in den Bauch geschossen, so daß er tot war, ehe ärztliche Hilfe eintraf. Dem unglücklichen Schützen wurden selbst einige Finger weggerissen. Die Witwe Feil verlor vor einigen Jahren ihren Mann durch einen Unglücksfall und der älteste Sohn ist noch in den letzten Tagen des Kriegs gefallen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

(P) **Untertürkheim**, 26. Febr. [Generalstreik] In einer von der U. S. P. einberufenen Versammlung der Arbeiter der Daimler-Gesellschaft wurde beschlossen, in den nächsten Tagen in dem ganzen Industriegebiet Stuttgart Arbeiterversammlungen zu berufen, die ohne Beteiligung der Führer abgehalten werden sollen. Ferner soll eine Kommission eingesetzt werden, die einen Generalstreik zum Protest gegen die Reaktion vorbereiten soll.

Vermischtes.

Erwerbslosenunterstützung. Die Stadt Berlin hat in der Zeit vom Februar 1918 bis 8. Februar 1919 34,5 Millionen für Erwerbslosenunterstützung verausgabt. In den letzten Wochen ist die Unterstützung auf täglich fast eine Million gestiegen und sie wird in den nächsten Wochen, da die Zahl der Erwerbslosen ständig zunimmt, eher größer als kleiner werden, trotzdem vom 1. März ab die Tagessätze ermäßigt werden.

Streik der Bauern. Aus Westfalen wird der „Deutschen Tagesztg." geschrieben, der Unwillen der bäuerlichen Bevölkerung über die mutwilligen Streiks der Bergarbeiter bzw. der Kommunisten sei jetzt so groß, daß sie dem Streik einen Streik von ihrer Seite entgegensetzen wollen. Vielfach werde in den ländlichen Gemeinden davon gesprochen, die Lieferung von Korn, Vieh, Milch, Butter, Eiern usw. in die Städte einzustellen. Ein Gemeindevorsteher berichtet, er sei mit der Viehkommission von Stall zu Stall gegangen, um ein Stück Vieh aufzutreiben, es sei aber keines zu bekommen gewesen. In vielen Gemeinden haben die Viehaufkaufskommissionen bereits ihre Tätigkeit eingestellt. Infolge der vermehrten Fleischration seien die Ställe auch so stark entvölkert, daß auf manchem Hof auf 15 Morgen noch ein Stück Vieh komme. Wenn die Erbitterung der Landwirte weiter steige, so stehe man vor einer Katastrophe.

Die Grippe in Frankreich. Lyoner Blättern zufolge nimmt die Grippeepidemie zu. In Paris werden durchschnittlich 240 Kranke täglich in die Krankenhäuser eingeliefert. — Auch in England nimmt die Grippe neuerdings stark zu.

Die Spitzbuben! Wie die „Voss. Ztg. mitteilt, sind noch unbekannte Einbrecher auf den Einfall gekommen, der Wohnung des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn in Berlin einen Besuch abzustatten. Dabei ist ihnen eine stattliche Menge Lebensmittel, Schmalz, Butter, Eier, Wurst, Fleisch, sowie große Bestände feiner Wäsche und Kleidung in die Hände gefallen. Allem Anschein nach ist der Einbruch von früheren Sicherheitsmännern Eichhorns verübt worden.

Handel und Verkehr.

* **Freudenstadt**, 25. Febr. Das Landhaus Ockwald, Lauterbadstr. 153, ist in den Besitz von Frau Alexander Matthes übergegangen.

Oeffentlicher Sprechsaal.

(Eingesandt.)

Die hiesige Stadtverwaltung wird höflichst ersucht dafür Sorge tragen zu wollen, daß in der hiesigen Frauenarbeitsschule in erster Linie die hiesigen Mädchen zur Aufnahme zugelassen werden. Eine ganze Anzahl Mädchen wartet vergebens seit Monaten auf ihre Aufnahme und können nicht ankommen, weil der Andrang von auswärts so groß sei. Die Lehrerin ist doch von der hiesigen Stadt angestellt und darf daher erwartet werden daß in erster Linie die hiesigen Interessen Berücksichtigung finden. n.

Letzte Nachrichten.

Aus Mannheim und Ludwigshafen.

WTB. **Mannheim**, 26. Februar. Die Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen wurde heute mittag von den französischen Besatzungsbehörden für den Verkehr vorläufig vollständig gesperrt. Das Sammellager der Entente in Mannheim wurde gestern plötzlich aufgehoben. Die Bewachungsmannschaften und das amerikanische Sanitätspersonal haben Mannheim verlassen.

WTB. **Berlin**, 27. Febr. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger" aus München berichtet wird, haben die Arbeiter eine Lebensmittelrationierung angeordnet. Danach erhalten in München **die Arbeiter die doppelte Lebensmittelmenge, wie die Bürgerlichen.** Die Spartakisten haben sich in den Besitz der Notenpresse in der Staatsdruckerei gesetzt. Es werden nur von ihnen Noten gedruckt und in Umlauf gesetzt.

WTB. **Berlin**, 27. Febr. Wie von verschiedenen Seiten aus Weimar gemeldet wird, ist zum Schutz der Arbeiter im Bergbau und in der Landwirtschaft die Bildung besonderer **Freiwilligenkorps** beabsichtigt.

WTB. **Berlin**, 27. Febr. Unter Vorbehalt verzeichnen verschiedene Morgenblätter eine Meldung, wonach **Wilson** bei einem Attentat an der linken Brustseite **verletzt** worden sei.

WTB. **Berlin**, 26. Febr. Von amtlicher Stelle geht uns die Nachricht zu, daß die britische Regierung nunmehr das Zugeständnis macht, **die in Deutsch Ostafrika befindlichen Deutschen**, soweit es diese es selbst wünschen, **so bald als möglich der Heimat zuzuführen.** Nach der englischen Mitteilung beläuft sich die Gesamtzahl derjenigen Personen, welche einen solchen Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, auf 986.

WTB. **Berlin**, 27. Febr. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts" aus Haag meldet das „Hollandsch Nieuwe Bureau" aus Washington, daß **auf den Präsidenten Wilson** von einem Anarchisten namens Nargosky **ein Anschlag** verübt wurde. Nargosky wurde bei dem Versuch, in die Wohnräume des Präsidenten im Palace-Hotel in Boston zu dringen, auf der Treppe überrascht und nach heftigem Kampfe überwältigt. Er trug einen Revolver bei sich und erklärte, daß er versuchen wollte, den Präsidenten zu sprechen.

WTB. **Berlin**, 27. Febr. In dem **Aufflammen der spartakistischen Unruhen in Mitteldeutschland** glaubt man in Weimar, dem „Berliner Lokalanzeiger" zufolge, einen ganz bestimmten Plan erkennen zu können. Er sei eine Art Einschließung Weimars, die von Osten und Westen vorgenommen werden solle. Einstweilen bestehe keine direkte Gefährdung irgendwelcher Art.

Auch in Berlin soll es wieder los gehen, schreibt der „Vorwärts": Spartakusputsche zum Massenstreik und verteilte Flugblätter unter der Parole „Nieder mit der Nationalversammlung!" Jeder Arbeiter, sagt der „Vorwärts" muß den Mut haben, in seinem Betrieb zu sagen: Es wird nicht gestreikt und geputscht. Wir haben an einer Spartakuswoche genug und wollen keine Wiederholung.

WTB. **Berlin**, 27. Febr. **Die Lage in München** wird, wie die „Vossische Zeitung" mitteilt, nach in Weimar eingetroffenen Meldungen als **ernst** angesehen. Angeblich beherrschen die Kommunisten nicht nur die öffentlichen Gebäude und die Verkehrsanstalten, sondern sind auch im Besitz der Notenpresse.

Weiter erfährt die Vossische Zeitung, daß der Polizeipräsident in München bereits vor einigen Tagen angewiesen worden sei, gegen den Mann einen Haftbefehl zu erlassen, der das Attentat auf Auer verübte, den Metzger Lindner. Dieser Haftbefehl sei ausgefertigt worden und der Attentäter werde zur Zeit gesucht.

WTB. **Berlin**, 27. Febr. Der „Vorwärts" will melden können, **in Paris seien bolschewistische Strömungen von bedeutender Stärke** zu bemerken. Unter den Arbeitern werde lebhaft ein Kommunismus nach russischem Vorbild gepredigt. Die Regierung habe eine durchgreifende Gegenaktion angeordnet. Eine Anzahl von Haussuchungen und Verhaftungen sei bereits erfolgt. Für die Leitung der antibolschewistischen Maßregeln sei der bekannte Militärstaatsanwalt, Kapitän Bouchardon, ausersehen.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.

Altensteig-Stadt

Ansprüche auf Entschädigung von

Reparationsbauholz

wollen **bis spätestens 5. März ds. Js.** angemeldet werden.

Stadtpflege: Pfizenmaier.

Altensteig-Stadt.

Anmeldungen des Brennholzbedarfs

für das Verbrauchsjahr 1918/19 sind unter Angabe des noch vorhandenen Vorrats am nächsten

Freitag, den 28. dieses Monats

bei der Stadtpflege mündlich oder schriftlich anzubringen und zwar von

A—K vormittags 9—12 Uhr
L—Z nachmittags 3—5 Uhr

Stadtpflege:
Pfizenmaier.

Nagold.

Wegen weiterer Bauarbeiten in unseren Kassenräumen bleiben letztere am nächsten

Samstag, den 1. März

geschlossen.

Oberamtspflege und Oberamtssparkasse.

Zur Feststellung des steuerpflichtigen Umsatzes

empfiehlt

Kassenbücher

für die allgemeine Umsatzsteuer, sehr praktisch, in verschiedenen Stärken die

W. Rieker'sche Buchhandlung.

Wasserdicht und nicht abfärbend

werden Ihre Schuhe bei fortlaufendem Gebrauch von **Dr. Gentner's Oelwachslederputz**

Nigrin

— Stets gleichmäßig in Qualität —

Wurde während des ganzen Krieges als Oelwachsware geliefert, also keine abfärbende Wasserkrem.

— Auch bei strengster Kälte garantiert frostsicher.

Hersteller, auch des so beliebten Parkettboden- und Linoleumwachses Roberin: Carl Geniner, Göppingen.

Stadt Altensteig.

Verkauf von Reisig.

Am **Montag, den 3. März, nachm. 5 Uhr** bei der Garrweiler Brücke aus Geiseltann Gselich Los 1—3 (Streureis) und aus Langerberg Abt. 4 Los 1—24 (Forchenstangen mit etwas Fichten)

Entlaufen

ist mir am Freitag mein junger

Schäferhund (Rüde)

schwarz mit gelbem Abzeichen.

Bitte um sofortige Nachricht. Vor Ankauf wird gewarnt.

Ludwig Schmid
Rotfelden.

Starks Andachten

sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchh.

Ein geordneter

Knecht

zur Landwirtschaft

kann sofort oder später eintreten bei

Gottfried Schleeh jg.
Hühnerberg.

Statt besonderer Einladung.

Meistern—Agenbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag, den 4. März 1919
in das Gasthaus zur Sonne in Aichelberg

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Michael Großmann
Holzhauer in Meistern.

Marie Kalmbacher
in Agenbach.

Kirchgang um 12 Uhr in Aichelberg.

Altensteig.

Möbelschreiner-Gesuch.

Ein älterer, tüchtiger, durchaus selbständiger, pünktlicher Arbeiter für bessere Möbelstücke findet sofort dauernde Beschäftigung bei

Friedr. Kohler
Schreinermeister.

Altensteig.

Aluminium Eßlöffel
„ Kaffeelöffel
„ Gabeln

sind eingetroffen bei

Lorenz Luz jr.

Gestorbene.

Walddorf: Joh. Gg. Rapp, Bauer, 61 J.